

58,5 Millionen Euro für Kitas in OWL

Rettungsprogramm: Die genauen Zahlen für die Jugendämter liegen vor. Allein Bielefeld erhält fast 10,5 Millionen Euro von der Landesregierung. Mittelfristig ist die Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes geplant

Von Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf/Bielefeld.** Die 21 Jugendämter in der Region Ostwestfalen-Lippe erhalten aus dem Rettungsprogramm der Landesregierung für Kindertagesstätten insgesamt 58,5 Millionen Euro. Das geht aus einer Liste hervor, die der zuständige Minister Joachim Stamp (FDP) jetzt dem Landtagsausschuss für Familie, Kinder und Jugend jetzt vorgelegt hat.

Insgesamt umfasst das Rettungspaket der neuen schwarzen Landesregierung 500

Millionen Euro. Die Landesregierung will damit noch in diesem Jahr der Unterfinanzierung der Kindertagesstätten in NRW begegnen.

Die Gelder werden an die Kindergärten als zusätzliche Kindpauschalen je nach Gruppenform unterschiedlich verteilt. Der Einmalbetrag für Kinder in der Gruppenform I (in dieser Gruppenform werden 20 Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung betreut, wobei die Anzahl der Kinder im Alter von zwei Jahren je Gruppe mindestens vier, aber nicht mehr

So viel Geld fließt in die Region

Bielefeld	10,49	Gütersloh	3,0
Kreis GT	5,46	Herford	1,2
Kreis HF	2,68	Lage	0,83
Kreis Höxter	3,41	Lemgo	1,12
Kreis Lippe	4,54	Löhne	0,93
Kreis MI/LK	3,53	Minden	2,33
Kreis PB	5,33	Paderborn	4,8
B. Oeynhausen	1,05	Porta Westf.	0,78
Bad Salzuflen	1,42	Rheda-WD.	1,32
Bünde	1,11	Verl	0,74
Detmold	2,34	OWL gesamt	58,5

ANGABEN IN MIO. EURO

QUELLE: FAMILIENMINISTERIUM NRW

als sechs betragen soll) beträgt bei 25 Stunden 515,97 Euro, bei der Gruppenform II (in dieser Gruppenform werden zehn Kinder im Alter von unter drei Jahren betreut) 1.063,75 Euro und bei der Gruppenform III (hier findet eine Betreuung für bis zu 25 Kinder im Alter von drei Jahren und älter statt) 380,81 Euro.

Mittelfristig ist eine Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) geplant, um die Finanzierung der Kitas auf Dauer sicherzustellen, wie Minister Stamp angekündigt hat.